



Liebe Friedensfreundinnen, liebe Friedensfreunde,

4. Januar 2016

den Kriegen zum Trotz wünsche ich euch ein frohes neues Jahr. Während ich diese Zeilen schreibe, laufen die größten Truppentransporte an die NATO-Ostflanke seit dem Ende des Kalten Krieges. Die US-Armee verlegt 4000 SoldatInnen und 2000 Fahrzeuge nach Osteuropa. Die Transporte werden in Bremerhaven angelandet und dann auf Straße und Schiene nach Polen verfrachtet. Wir haben uns dem Aufruf zur Demonstration in Bremerhaven angeschlossen:

Nein zum Säbelrasseln, Truppenverlegung stoppen!
7.1.2017, 12 Uhr, Bremerhaven
an der Großen Kirche, Bürgermeister-Smidt-Straße 45
Gemeinsame Bahnfahrt aus Hamburg:
Treff 9 Uhr, Reisezentrum Hamburger Hauptbahnhof

Dazu findet ihr auch ein Flugblatt hinten. Die Liste der UnterstützerInnen ist mittlerweile noch weiter angewachsen. Möglicherweise finden auch in Hamburg Aktionen statt. Darüber werden wir euch informieren – allerdings nicht per Post, sondern nur über unseren E-Mail-Verteiler.

Im letzten Rundbrief berichtete Holger Griebner von der Prozessbeobachtung in der Türkei. Zurzeit wird sich darum bemüht, auch zur Fortsetzung des Prozesses eine Delegation zusammenzubringen. Wir dürfen in unserer Solidarität mit den Opfern des Attentats und unserem Protest gegen die autokratische türkische Regierung nicht nachlassen.

Wie zu Beginn eines jeden Jahres stecken wir schon bis über beide Ohren in den Vorbereitungen des Ostermarsches, den wir wieder für Ostermontag vorbereiten. Dazu haben wir einen Aufruf entworfen, den wir mit euch gemeinsam diskutieren wollen:

Debatte über den Ostermarschaufruf
Dienstag, 17.1. ● 18.00 Uhr ● DIDF ● Beim Strohhause 26 (S/U-Bahn Berliner Tor)

Den Entwurf findet ihr hinten auf Seite 5. Unter den fertigen Aufruf sollen dann den Februar über Unterschriften gesammelt werden. Da in einem Aufruf naturgemäß nicht ausführlich argumentiert werden kann, haben wir uns überlegt, dass wir zu Themen aus dem Aufruf ausführlichere Texte erarbeiten wollen. So soll ein Leporello entstehen, der zu Beginn den Aufruf mit den Unterstützern enthält und hinten dann vertiefende Informationen. Als einen Hauptredner für den Hamburger Ostermarsch konnten wir Norman Paech gewinnen. Es soll zum Abschluss des Ostermarsches auch wieder ein Friedensfest geben.

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Arbeit ist außerdem die Vorbereitung einer Großdemonstration gegen den G20-Gipfel am 8. Juli in Hamburg und die inhaltliche Begleitung des Treffens



Ostermarsch 2016

der Regierungschefs durch einen alternativen Gegengipfel. Hier haben sich bundesweite breite Bündnisse gebildet, in denen wir mitarbeiten.

Im Februar findet in München die Sicherheitskonferenz statt. Dazu drucken wir euch unten den Aufruf zur Gegendemonstration ab, den wir unterstützen.

Zur Einstimmung auf die vielen Aktivitäten, die vor uns liegen, habe ich den Rundbrief mit Bildern von Aktionen der vergangenen Jahre illustriert.

Vielleicht ist euch auch schon aufgefallen, dass wir unser Logo modernisiert haben. Ein herzlicher Dank geht an Monika Weryha, die das Logo für uns überarbeitet hat.

Wer sich noch stärker engagieren möchte, sei auf unsere Vorstandssitzungen hingewiesen, auf denen wir Inhalte und Formen unserer Aktionen diskutieren:

Dienstag, 7.2.+21.2. ● 18.00 Uhr ● Curio-Haus ● Rothenbaumchaussee 15

Wer mitarbeiten möchte oder Anfragen und Anregungen hat, melde sich bitte bei uns (Adresse und E-Mail unten).

Mit pazifistisch-antimilitaristischen Grüßen

Markus Gunkel

Aufruf zu Protesten gegen die NATO „Sicherheits“-Konferenz Geht mit uns auf die Straße am Samstag, 18. Februar 2017 Frieden statt NATO – Nein zum Krieg!

Auf der sogenannten Münchner Sicherheitskonferenz (SIKO) im Februar 2017 versammeln sich die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Machteliten, vor allem aus den NATO-Staaten, den Hauptverantwortlichen für das Flüchtlingselend, für Krieg, Armut und ökologische Katastrophen. Ihnen



Antikriegstag 2016: Auftakt am Kriegsklotz

geht es – entgegen ihrer Selbstdarstellung – weder um die friedliche Lösung von Konflikten, noch um Sicherheit für die Menschen auf dem Globus, sondern um die Aufrechterhaltung ihrer weltweiten Vorherrschaft und um die Profitinteressen multinationaler Konzerne.

Vor allem aber ist die SIKO ein Propaganda-Forum zur Rechtfertigung der NATO, ihrer Milliarden-Rüstungsausgaben und ihrer auf Lügen aufgebauten völkerrechtswidrigen Kriegseinsätze, die der Bevölkerung als „humanitäre Interventionen“ verkauft werden.

Das Kriegsbündnis NATO ist eine Bedrohung für die ganze Menschheit

Die NATO-Staaten schützen Handelswege statt Menschenrechte, bekämpfen die Flüchtenden statt die Fluchtursachen. Sie sichern den Reichtum der Reichen statt Nahrung für Alle, schüren Konflikte und fördern den Terrorismus. Die NATO setzt auf das Recht des Stärkeren. Seit dem Angriffskrieg gegen Jugoslawien – unter grundgesetzwidriger Beteiligung Deutschlands – brechen die NATO-Staaten das Völkerrecht. Ihr vorgeblicher „Anti“-Terrorkrieg ist nichts anderes als blanker Terror. Der Drohnenkrieg der US-Regierung ist illegale Lynchjustiz, Mord auf Verdacht und hat bereits zehntausenden Unschuldigen das Leben gekostet.

Kaum ein Land, das sich nicht bedingungslos den Spielregeln der imperialistischen Staaten unterwirft, ist sicher vor „westlichen“ Militärinterventionen. Der verheerende Krieg in Syrien und das Erstarken des IS nach dem Irakkrieg sind das Ergebnis der von den USA, der NATO, der EU und ihren regionalen

Verbündeten betriebenen Politik des „Regime-Change“. Ihre Kriege in Afghanistan, Irak und Libyen und ihre Wirtschaftssanktionen haben diese Staaten zerschlagen und die Lebensgrundlagen der Menschen zerstört.

Schluss mit dem Krieg in Syrien

Der von den NATO-Staaten offen angestrebte Sturz der syrischen Regierung, ihre militärische Unterstützung reaktionärster Kräfte und ausländischer Söldnerbanden ist ein Bruch der Charta der Vereinten Nationen. In einem doppelten Spiel benutzt der NATO-Staat Türkei den Krieg in Syrien für seinen jahrzehntelangen Krieg gegen die Kurden, der in brutaler Weise intensiviert wird, um insbesondere das basisdemokratische Projekt Rojava in Nordsyrien zu vernichten. Zudem erhöht die NATO-Militärintervention die Gefahr einer direkten Konfrontation zwischen den USA und Russland und hat das Potenzial einer nuklearen Katastrophe für die ganze Welt.

Der Bombenkrieg, der tausende zivile Opfer fordert, muss von allen Seiten beendet werden. Frieden in Syrien kann nicht mit Bomben, sondern nur durch eine politische Lösung mit den vom Krieg betroffenen Menschen erreicht werden. Sie brauchen eine lebenswerte Perspektive, damit sie dem IS jegliche Unterstützung entziehen.

Schluss mit der militärischen Mobilmachung gegen Russland

Die NATO hat ihr altes Feindbild wiederbelebt und einen brandgefährlichen Konfrontationskurs in Gang gesetzt. Sie rückt bis an die Grenzen Russlands vor: Die dauerhafte Präsenz von NATO-Truppen, mit der Vorverlagerung von Panzern und Kampfflugzeugen in die drei baltischen Staaten und Polen, die Aufstellung einer „Schnellen Eingreiftruppe“, die militärische Aufrüstung Kiews und die NATO-Manöver in Osteuropa dienen der Kriegsvorbereitung. Mit der sogenannten Raketenabwehr wollen sich die USA die risikolose atomare Erstschlagsfähigkeit gegen Russland verschaffen.

Deutschland ist bei jedem Krieg dabei

Unter Bruch der Verfassung ist Deutschland die militärische Drehscheibe für die US- und NATO-geführten Aggressionskriege. Auf deutschem Boden befinden sich die wichtigsten NATO- und US-Kommandozentralen. Vom US-Militärstützpunkt Ramstein werden Waffen- und Truppentransporte abgewickelt, Kampfeinsätze gestartet und der Einsatz der Killerdrohnen gelenkt. Die Bundeswehr ist an allen NATO-Kriegen direkt oder indirekt beteiligt und wird zu diesem Zweck militärisch hochgerüstet. Die Bundesregierung hat angekündigt, in den nächsten 15 Jahren zusätzlich 130 Mrd. Euro in die Ausrüstung und Bewaffnung der Bundeswehr zu stecken und darüber hinaus schrittweise die jährlichen Mili-

Günther Kahl

* 17. Juli 1931 – † 26. Dezember 2016

Günther war ein radikaler Pazifist und ein Aktivist, der sich unermüdlich für seine pazifistische Überzeugung eingesetzt hat. Er war Seele und Motor der DFG-IDK (Deutsche Friedensgesellschaft – Internationale der Kriegsdienstgegner) in Hamburg, die in seinem Haus im Jungfrauenthal ihren Treffpunkt hatte. Dort tagte auch die Mittwochsrunde, die – solange die Wehrpflicht noch nicht „ausgesetzt“ war – immer mit einer Beratung für Kriegsdienstverweigerer begann.

Wer einmal an der Mittwochsrunde teilgenommen hat, wird sich an Günthers sehr persönliche und eindringliche Diskussionsweise erinnern. Zu Beginn warf er scheinbar einfache Fragen auf, um die Antworten dann immer wieder zu hinterfragen, was häufig zu überraschenden Einsichten führte, an die niemand vorher gedacht hatte. Solche Gespräche gab es auch bei den „Dezemberrunden“ für die Aktiven der DFG-IDK-Gruppe, zu denen meist interessante Gesprächspartner eingeladen waren und Günthers Lebensgefährtin Monika Selbstgebackenes servierte.

Ein ganz besonderes Anliegen waren Günther seine Flugblattverteilungen zur Weihnachtszeit in der Innenstadt mit der Warnung: Kauft kein Kriegsspielzeug!

Günther wird der Hamburger Friedensbewegung fehlen. Wir werden ihm ein würdiges Andenken bewahren.



Günther Kahl bei einer Aktion in der Mönckebergstraße



TTIP-Demonstration in Hamburg am 17.9.2016

tärausgaben von heute 34,3 Mrd. auf 2 % des BIP, rund 70 Mrd. Euro zu erhöhen.

Im Jahr 2015 wurden von der Bundesregierung Rüstungsexporte in Höhe von 12,8 Mrd. genehmigt und im Vergleich zum Vorjahr beinahe verdoppelt (Rüstungsexportbericht 2015).

Autoritäre und reaktionäre Regime wie die Türkei, Saudi Arabien und Katar sind bevorzugte Kunden der deutschen Rüstungskonzerne. Das Geschäft mit dem Tod blüht.

Im Verein mit den Atommächten USA, Russland, Großbritannien, Frankreich und Israel blockiert die Bundesregierung in der UNO Verhandlungen über ein Verbot aller Atomwaffen. Die in der Bundesrepublik stationierten US-Atomwaffen, die derzeit für erweiterte Einsatzfähigkeiten „modernisiert“, bzw. zu weitgehend neuen Waffen umgerüstet werden, sind Bestandteil der US- und NATO-Atomkriegsstrategie, an der auch die Bundesregierung – entgegen ihrer Lippenbekenntnisse zur atomaren Abrüstung – festhält.

Dagegen ist Widerstand angesagt. Krieg darf kein Mittel der Politik sein!

- Wir sagen Nein zur Aufrüstung der Bundeswehr, zur Produktion von Kriegswaffen und zu Rüs-

tungsexporten. Sofortiger Stopp der Waffenlieferungen an die Türkei, an Saudi-Arabien und Katar! Die Milliarden für Rüstung und Krieg müssen für soziale Zwecke verwendet werden.

- Atomwaffen raus aus Deutschland! Die nukleare Komplizenschaft mit den USA muss beendet werden. Die Bundesregierung muss die Bereitstellung der Tornado-Flugzeuge und das Training der Bundeswehr für den Einsatz der Atomwaffen beenden und den Stationierungsvertrag für die Lagerung der US-Atomwaffen kündigen.
- Schluss mit allen Auslandseinsätzen der Bundeswehr! Raus aus der NATO und den Militärstrukturen der EU. Auflösung aller US- und NATO-Militärstützpunkte. Bundeswehr abschaffen.
- Keine Beteiligung Deutschlands am Konfrontationskurs gegen Russland – weder an Kriegsmärschen, noch an der Militärpräsenz in Osteuropa. Frieden in Europa gibt es nur mit und nicht gegen Russland.
- Solidarität mit den Flüchtlingen. Schutz und Sicherheit für alle Opfer aus Kriegsgebieten und den von Hunger, Armut und Umweltzerstörung heimgesuchten Ländern. Das Massensterben im Mittelmeer muss beendet werden. Die Schutzsuchenden brauchen legale Einreisemöglichkeiten nach Europa.

Als Teil einer weltweiten Widerstandsbewegung treten wir ein für Frieden und soziale Gerechtigkeit und rufen auf:

Kommt zur Demonstration gegen die Tagung der NATO-Kriegsstrategen am Samstag, 18. Februar 2017 in München

AKTIONSBÜNDNIS GEGEN DIE NATO-SICHERHEITSKONFERENZ



Hiroshimatag 2015: Kundgebung am Kriegsklotz (Foto: Colin)

Entwurf für den Hamburger Ostermarschaufruf 2017

Den Kriegen zum Trotz: Frieden jetzt! Sofort!

Die Bundeswehr ist an vielen Kriegen direkt oder indirekt beteiligt – in Afghanistan, Mali, Irak, Syrien, im Mittelmeer und am Horn von Afrika ...

Für diese Einsätze wird sie militärisch hochgerüstet. Die Bundesregierung hat angekündigt, in den nächsten 15 Jahren zusätzlich 130 Mrd. Euro in die Ausrüstung und Bewaffnung der Bundeswehr zu stecken. Die jährlichen Militärausgaben von heute 34,3 Mrd. sollen im Rahmen der Nato-Vorgaben beinahe verdoppelt werden.

Das Ziel ist die Sicherung des freien Zugangs zu Rohstoffen und Märkten. Deutschland arbeitet in und mit der EU daran, künftig auch eigenständig neben der Nato und ohne die USA militärisch eingreifen zu können. Die neuen Kriege werden ideologisch vorbereitet und abgesichert, indem das Feindbild Russland wiederbelebt oder indem eigenes militärisches Handeln als humanitäre Intervention verbrämt wird.

Im Jahr 2015 wurden von der Bundesregierung Rüstungsexporte in Höhe von 12,8 Mrd. Euro genehmigt und im Vergleich zum Vorjahr ebenfalls fast verdoppelt. Autoritäre und reaktionäre Regime wie die Türkei, Saudi Arabien und Katar sind bevorzugte Kunden der deutschen Rüstungskonzerne. Das Geschäft mit dem Tod blüht.

Unter Bruch der Verfassung ist Deutschland die militärische Drehscheibe für die US- und NATO-geführten Aggressionskriege. Auf deutschem Boden befinden sich die wichtigsten NATO- und US-Kommandozentralen. Vom US-Militärstützpunkt Ramstein werden Waffen- und Truppentransporte abgewickelt, Kampfeinsätze gestartet und Killerdrohnen gelenkt.

Im Verein mit den Atommächten USA, Russland, Großbritannien, Frankreich und Israel lehnt die Bundesregierung in der UNO Verhandlungen über ein Verbot aller Atomwaffen ab. Die in der Bundesrepublik stationierten US-Atomwaffen werden derzeit durch neue Atomwaffen ersetzt, die erweiterte Einsatzfähigkeiten haben. Sie sind Bestandteil der US- und NATO-Atomkriegsstrategie, an der die Bundesregierung – entgegen ihren Lippenbekenntnissen zur atomaren Abrüstung – festhält.



Deshalb gehen wir Ostern auf die Straße

- Wir sagen Nein zur Aufrüstung der Bundeswehr, zur Produktion von Kriegswaffen und zu Rüstungsexporten. Sofortiger Stopp der Waffenlieferungen an die Türkei, an Saudi-Arabien und Katar. Die Milliarden für Rüstung und Krieg müssen für soziale Zwecke verwendet werden.
- Atomwaffen raus aus Deutschland. Die nukleare Komplizenschaft mit den USA muss beendet werden. Die Bundesregierung muss die Bereitstellung der Tornado-Flugzeuge und das Training der Bundeswehr für den Einsatz der Atomwaffen beenden und den Stationierungsvertrag für die Lagerung der US-Atomwaffen kündigen.
- Schluss mit allen Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Sofortiger Waffenstillstand und Einleitung und Unterstützung von Friedensprozessen in Syrien, Afghanistan und Jemen. Aufhebung des Handelsembargos gegen Syrien, das die Zivilbevölkerung trifft.
- Raus aus der NATO und den Militärstrukturen der EU. Auflösung aller US- und NATO-Militärstützpunkte. Bundeswehr abschaffen.
- Keine Beteiligung Deutschlands am Konfrontationskurs gegen Russland – weder an Kriegsmanövern noch an der Militärpräsenz in Osteuropa. Frieden in Europa gibt es nur mit und nicht gegen Russland.
- Solidarität mit den Flüchtlingen. Schutz und Sicherheit für alle Opfer aus Kriegsgebieten und den von Hunger, Armut und Umweltzerstörung heimgesuchten Ländern. Das Massensterben im Mittelmeer muss beendet werden. Die Schutzsuchenden brauchen legale Einreisemöglichkeiten nach Europa.